

05.03.2010 - Universitäten / Studenten / Rektoren

Bologna-Gipfel - Rektoren: Studienpläne "nicht aufs Aug drücken"

Utl.: Sünkel will "Kind nicht mit dem Bade ausschütten"=

Wien (APA) - Keine Freude haben die Rektoren mit der Ankündigung von Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (V), bei Bedarf "klare gesetzliche Richtlinien" für eine Entrümpelung der Studienpläne festzulegen. "Es gefällt mir überhaupt nicht, dass man versucht, den Universitäten Studienpläne aufs Aug' zu drücken", betonte der Vorsitzende der Universitätenkonferenz, Hans Sünkel, am Freitag bei einer Pressekonferenz anlässlich des Bologna-Gipfels in der nächsten Woche in Wien.

Man dürfe hier "nicht das Kind mit dem Bade ausschütten", so Sünkel. Die Umsetzung der Bologna-Studienarchitektur sei "nicht überall schlecht" gewesen. Dabei dürfe man auch nicht vergessen, dass die Politik per Gesetz den Unis zunächst ein ausschließlich sechssemestriges Bachelor-Studium vorgeschrieben habe. Es sei in vielen Fächern einfach nicht möglich gewesen, alle relevanten Inhalte in diesen Zeitrahmen hineinzupacken.

Die Grundidee von Bologna, nämlich Mobilität zu fördern und Abschlüsse vergleichbar zu machen, hält Sünkel nach wie vor für "großartig". Nicht zuletzt sei wie in den angloamerikanischen Ländern auch wieder die Lehre in den Mittelpunkt gerückt. Natürlich müsse man aber "da und dort nachjustieren", manche Programme seien zu stark reglementiert worden. Die Ursachen der Studentenproteste im Vorjahr sieht Sünkel aber nicht nur beim Bologna-Prozess, sondern auch in der veränderten wirtschaftlichen Situation sowie dem Druck durch die Globalisierung und am Arbeitsmarkt.

Auch der Rektor der Uni Wien und ehemalige Vorsitzende der europäischen Universitätenkonferenz, Georg Winckler, ortete "sehr viele gute Ideen". So hätten heute etwa viele Studenten eine europäische Perspektive in der Lebensplanung. Wenn außerdem wie geplant 40 Prozent eines Altersjahrgangs zu einem Studienabschluss kommen sollen und auch das lebenslange Lernen tatsächlich ernstgenommen werde, sei eine dreistufige Studienarchitektur von Vorteil.

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung sieht Winckler unter anderem in den "Unschärfen beim Profil des Bachelors". Hier müsse die öffentliche Hand Signale senden und im öffentlichen Dienst Karrierewege für Bachelors aufzeigen. Außerdem müssten im

Bachelorstudium Fragen der allgemeinen Bildung und allgemeine Kompetenzen in den Vordergrund gerückt und nicht nur spezifische Kompetenzen vermittelt werden.

Bei den Protesten gegen Bologna sieht auch Winckler die diversen Probleme der Unis vermischt: "Die Frage, wie viele ausfinanzierte Studienplätze es geben soll, hängt nicht mit Bologna zusammen."

Sowohl der ÖGB als auch die FPÖ warfen der Wissenschaftsministerin eine "falsche" Universitätspolitik vor. "Beschränken und Aussperren ist offensichtlich die Marschrichtung. Dieses alte Denken muss endlich über Bord geworfen werden", kritisierte ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser. Der freiheitliche Wissenschaftssprecher Martin Graf kritisierte, dass Karl auch dort neue Hürden aufbauen wolle, wo sie auf Grund der Studentenzahlen gar nicht nötig seien. "Offenbar traut man in der ÖVP jungen Menschen generell nicht zu, selbstständig zu entscheiden, was für sie richtig ist", so Graf.

ÖVP-Wissenschaftssprecherin Katharina Cortolezis-Schlager begrüßte dagegen den Vorstoß Karls, freiwillige Eignungstests für Studierende noch vor der Inskription anzubieten: "Dabei geht es nicht um Zugangsregelungen, sondern darum, die Studierenden in einem freiwilligen Bewerbungsgespräch an der Universität in ihrer Orientierung zu unterstützen." Bei den Anträgen auf Zugangsbeschränkungen auf Basis des "Notfallparagraphen" müsse "auf Basis von Fakten" entschieden werden "und nicht im parteipolitischen Interesse der SPÖ".

(Schluss) aku/cm/pm

APA0425 2010-03-05/14:20

051420 Mär 10

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.